

Sélection d'article sur la politique suisse

processus

**Limitierung der parlamentarischen Initiativen und Vorstösse (Pa. Iv.
23.408)**

Imprimer

Éditeur

Année Politique Suisse
Institut für Politikwissenschaft
Universität Bern
Fabrikstrasse 8
CH-3012 Bern
www.anneepolitique.swiss

Contributions de

Bühlmann, Marc

Citations préféré

Bühlmann, Marc 2025. *Sélection d'article sur la politique suisse: Limitierung der parlamentarischen Initiativen und Vorstösse (Pa. lv. 23.408), 2024*. Bern: Année Politique Suisse, Institut de science politique, Université de Berne.
www.anneepolitique.swiss, téléchargé le 05.04.2025.

Sommaire

Chronique générale	1
Eléments du système politique	1
Institutions et droits populaires	1
Organisation du Parlement	1

Abréviations

SPK-NR Staatspolitische Kommission des Nationalrats

CIP-CN Commission des institutions politiques du Conseil national

Chronique générale

Eléments du système politique

Institutions et droits populaires

Organisation du Parlement

INITIATIVE PARLEMENTAIRE
DATE: 27.05.2024
MARC BÜHLMANN

Eine «**Limitierung der parlamentarischen Initiativen und Vorstösse**» und zwar in der Form, dass während einer Legislatur maximal 32 parlamentarische Initiativen und Vorstösse pro Parlamentsmitglied möglich sein dürfen, forderte Thomas Matter (svp, ZH) in seiner parlamentarischen Initiative, für die er in der Sommersession 2024 mit den Worten warb: «Wir beschäftigen uns allzu oft mit uns selber». «Wochenlang» sei das Parlament mit der Erledigung von Vorstössen beschäftigt, was zudem auch die Verwaltung und den Steuerzahler belaste. Bereits 2007 habe eine Interpellation Spuhler (svp, TG; Ip. 07.3176) gezeigt, dass ein Vorstoss CHF 6'120 koste. «Teuerungsbereinigt» würden in einer Legislatur also rund CHF 52 Mio. für Vorstösse verbraucht (CHF 6'500 x 2'000 Vorstösse pro Jahr). Zahlreiche Vorstösse würden zudem abgeschrieben, weil sie nicht innerhalb der vorgesehenen Frist von zwei Jahren behandelt würden; Vorstösse, die nur der «persönlichen Profilierung» dienten oder «unüberlegte Hüftschüsse» nach medial als bedeutend betrachteten Ereignissen darstellten, könnten mit einer Kontingentierung vermieden werden, so Matter.

Die SPK-NR hatte sich Ende April 2024 mit 12:12 Stimmen und mit Stichentscheid der Präsidentin Greta Gysin (gp, TI) entschieden, der parlamentarischen Initiative keine Folge zu geben. Die starke bürgerliche Kommissionsminderheit wurde in der Debatte von Barbara Steinemann (svp, ZH) vertreten. Sie argumentierte, dass die «moderate» Deckelung der Zahl der Vorstösse eine Disziplinierung nach sich ziehen würde. Die Kommissionsmehrheit, für die Jean Tschopp (sp, VD) und Nicolò Paganini (mitte, SG) das Wort ergriffen, erinnerte daran, dass das Problem der Geschäftslast schon öfter und nicht zu unrecht diskutiert worden sei. Die vorgeschlagene Begrenzung sei aber aus fünf Gründen nicht zielführend: (1) Eine Einschränkung würde eine Gesetzesänderung benötigen und könne nicht wie vom Initianten beantragt durch eine einfache Änderung des Parlamentsreglements eingeführt werden; (2) die Zahl der Motionen, Postulate und parlamentarischen Initiativen habe in den letzten fünfzehn Jahren gar nicht zugenommen, sondern sei auf hohem Niveau konstant geblieben. (3) Eine starke Zunahme sei hingegen bei Fragen und Interpellationen zu verzeichnen; diese Vorstossarten würden aber von der Initiative nicht begrenzt; (4) in der letzten Legislatur hätten lediglich 12 Ratsmitglieder mehr als 32 Vorstösse eingereicht – die vorgeschlagene Kontingentierung würde entsprechend wohl nur geringe Wirkung entfalten; und (5) das Parlament sollte sich seiner Rechte nicht selber beschneiden und vielmehr an die Eigendisziplin appellieren.

Ebenso knapp wie in der Kommission fiel dann das Abstimmungsresultat im Nationalrat aus: Mit 96 zu 95 Stimmen (2 Enthaltungen) wurde der Initiative Folge gegeben. Für den erfolgreichen Antrag der Kommissionsminderheit stimmten 18 Mitglieder der FDP-Fraktion, 64 Mitglieder der SVP-Fraktion und 14 Mitglieder der Mitte-Fraktion. Für die Kommissionsmehrheit stimmten die geschlossenen Fraktionen von SP, GP und GLP sowie 8 Mitglieder der FDP-Fraktion, 2 Mitglieder der SVP-Fraktion und 13 Mitglieder der Mitte-Fraktion. Die Enthaltungen stammten aus der FDP- und aus der Mitte-Fraktion.¹

1) AB NR, 2024 f., S. 816 ff.; Bericht SPK-NR vom 25.4.24